

Meinung: Warum sich Arbeitnehmer und Bürgergeldempfänger ähnlicher sind, als viele glauben

Januar 18, 2026



Symbolbild, KI-generiert

- Ein Meinungsbeitrag unserer Mitarbeiterin Michaela Neu

Vor Kurzem hat der Rundblick Unna einen [Artikel veröffentlicht, in dem ich die Perspektive von Bürgergeldempfängern](#) beleuchte – mit dem Fokus auf das Menschliche, das in der öffentlichen Debatte oft verloren geht.

Die Resonanz darauf war groß. Und sie brachte auch eine berechnete Rückmeldung mit sich: Man müsse ebenso die andere Seite betrachten – die der arbeitenden Menschen.

Genau das soll dieser Text leisten.

Arbeiten – und trotzdem nicht ankommen

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leisten Tag für Tag, was von ihnen erwartet wird: Sie arbeiten, übernehmen Verantwortung, springen ein, funktionieren. Doch bei immer mehr bleibt das Gefühl zurück, dass sich Anstrengung kaum noch auszahlt.

Steigende Lebenshaltungskosten, wachsende Abgaben, wenig finanzieller Spielraum – Arbeit bedeutet für viele längst keine Sicherheit mehr, sondern eine dauerhafte Belastung. Wer arbeitet, gilt als stabil. Wer stabil wirkt, wird selten gehört.

Dabei geht es nicht um Luxus oder Neid.

Es geht um das Gefühl, trotz Leistung nicht voranzukommen.

Für viele Menschen im Kreis Unna ist diese Entwicklung kein abstraktes Thema, sondern Alltag.

Ob im Handwerk, im Einzelhandel, in der Pflege, in der Industrie oder im Dienstleistungsbereich – viele gehen morgens zur Arbeit und rechnen abends trotzdem, ob es am Monatsende reicht.

Pendeln Richtung Dortmund, Schichtarbeit, steigende Mieten, höhere Lebenshaltungskosten – all das prägt auch hier die Realität. Die Sorgen unterscheiden sich kaum von denen anderswo, aber sie werden vor Ort gelebt: am Küchentisch, beim Wocheneinkauf, im Gespräch unter Kollegen.

Der Frust – und sein eigentliches Ziel

Was dabei häufig missverstanden wird:

Die Unzufriedenheit vieler Arbeitnehmer richtet sich nicht primär gegen **Bürgergeldempfänger. Sie richtet sich gegen das System.**

Gegen politische Entscheidungen, deren Folgen im Alltag deutlich spürbar sind – während ihre Urheber abstrakt bleiben. Gegen eine Politik, die verspricht, erklärt und ankündigt, deren Maßnahmen aber oft nur verzögert oder unzureichend im Leben der Menschen ankommen.

- Politik hat kein Gesicht im Supermarkt.
- Keinen direkten Ansprechpartner im Alltag.
- Keine greifbare Präsenz, wenn am Monatsende gerechnet werden muss.
- Und genau hier beginnt das Problem.
- Der politische Elefant im Raum

An dieser Stelle muss man ehrlich sein – und die Kirche im Dorf lassen:

Ein erheblicher Teil des gesellschaftlichen Frustes hat politische Ursachen. Und das parteienübergreifend.

*Unabhängig davon, wer regiert
oder regiert hat, eint viele
Menschen der Eindruck, dass*

Wahlversprechen regelmäßig an der Realität scheitern. Entlastung wird angekündigt, kommt aber nur begrenzt an. Gerechtigkeit wird beschworen, bleibt aber gefühlt unausgewogen. Reformen werden versprochen, verschleppt oder weichgespült.

Was fehlt, ist Ehrlichkeit darüber,

- was tatsächlich machbar ist,
- wo politische Grenzen liegen,
- und wer die Lasten am Ende trägt.

Gerade **Arbeitnehmer** erleben diese Diskrepanz täglich: **Sie hören von Wertschätzung für Leistung – und sehen steigende Abgaben. Sie hören von sozialem Ausgleich – und spüren wenig Entlastung im eigenen Alltag.**

Das Vertrauen in politische Verlässlichkeit hat gelitten.

Gerade in einer Region wie dem Kreis Unna, die vom Strukturwandel geprägt ist, treffen politische Entscheidungen unmittelbar auf den Alltag. Wenn Betriebe unter Druck geraten, Arbeitsplätze unsicher werden oder Einkommen stagnieren, wächst das Gefühl, dass Versprechen aus der Politik abstrakt bleiben – während die Belastungen real sind.

Wenn Kritik nach unten rutscht

Weil politische Verantwortung oft nicht greifbar ist, entsteht ein Vakuum. Und dieses Vakuum füllt sich mit Frust.

Bürgergeldempfänger sind sichtbar. **Sie werden zur Projektionsfläche** – nicht aus Bosheit, sondern aus Ohnmacht. Kritik richtet sich dann nicht gegen Gesetze oder Strukturen, sondern gegen Menschen.

Dabei wissen viele Arbeitnehmer sehr wohl zu differenzieren:

Es gibt Bürgergeldempfänger, die auf Unterstützung angewiesen sind – aus gesundheitlichen, familiären oder biografischen Gründen. Und es gibt andere, die sich bewusst mit dem System arrangieren oder Arbeit ablehnen.

Diese Unterschiede werden gesehen.

Doch selbst berechtigte Kritik an einzelnen Haltungen erklärt nicht den grundlegenden Unmut. Denn dieser speist sich nicht aus Einzelfällen, sondern aus politischen Rahmenbedingungen, die als ungerecht oder unausgewogen empfunden werden.

Die andere Seite: Leben unter Generalverdacht

Im vorherigen Artikel wurde deutlich, wie sich viele Bürgergeldempfänger fühlen: pauschal bewertet, reduziert auf einen Status, oft unter Generalverdacht gestellt.

- Auch hier geht es um Würde.
- Um Anerkennung als Mensch – nicht als Kostenfaktor.
- So stehen sich zwei Gruppen gegenüber, die beide das Gefühl haben, zu kurz zu kommen. Und die doch mehr verbindet, als trennt.

Ein gemeinsamer Nenner: Unsicherheit

Ob arbeitend oder nicht:

Viele Menschen erleben ein System, das fordert, bewertet und einordnet – aber zu selten absichert.

Die einen fühlen sich ausgepresst. Die anderen abgestempelt. Beide fühlen sich nicht wirklich gesehen.

Auch hier vor Ort zeigt sich:

Die Diskussion wird oft härter geführt, als sie sein müsste. Dabei kennen sich die Lebensrealitäten. Man begegnet sich im Supermarkt, in der Nachbarschaft, auf dem Schulhof. Die gesellschaftliche Trennung verläuft nicht entlang von Straßenzügen – sondern durch Debatten, die den Blick für das Gemeinsame verlieren.

Keine Neiddebatte – sondern eine Systemfrage

Solange sich gesellschaftlicher Druck nach unten entlädt, bleibt das eigentliche Problem unangetastet. Wer über Menschen diskutiert, diskutiert nicht über Strukturen.

Die entscheidende Frage lautet nicht: Wer leistet genug?

Sondern:

Warum geraten so viele Menschen – trotz Arbeit oder trotz Unterstützung – gleichzeitig unter Druck?

Schlussgedanke

Vielleicht verlaufen die eigentlichen Fronten nicht zwischen Arbeitnehmern und Bürgergeldempfängern. Sondern zwischen politischen Versprechen und gelebter Realität.

Zwischen Entscheidungen, die getroffen werden – und Menschen, die ihre Folgen tragen.

Wer beide Seiten ernst nimmt, erkennt:

Diese Debatte braucht weniger Schuldzuweisungen. Und mehr Ehrlichkeit.

Autoren-Ich-Zeile

Dieser Artikel knüpft bewusst an meinen vorherigen Beitrag im Rundblick an. Nachdem dort die Perspektive von Bürgergeldempfängern im Mittelpunkt stand, richtet sich der Blick nun auf die arbeitenden Menschen – und auf die politischen Strukturen, die beide Seiten unter Druck setzen.

